

Unabhängig? Die Informationslage zum Krieg in der Ukraine

Anders als es von sich stets für ihre Unabhängigkeit selbst lobenden Medien zu erwarten war, zeigte sich bei Beginn der russischen Invasion in die Ukraine sofort ein enges Zusammenspiel zwischen Medien und Politik. Man konnte sich schnell die Frage stellen, wer wen eigentlich führt. Eine Aufstellung kriegsbezogener Schlagzeilen, die *Bild.de* während des 24. Februar 2022 lieferte, offenbart eine fast schon komplette Liste von Motiven und Themen, denen sowohl die Politik in den nächsten Wochen und Monaten als auch die anderen reichweitenstarken Medien folgten, einschließlich der öffentlich-rechtlichen.¹

- 01:44 Uhr – BILD-Reporter sahen es mit eigenen Augen – Hier rollt Putins Kriegs-Kolonnen direkt auf die Ukraine-Grenze zu
- 01:46 Uhr – Ukraine-Krise: Warum steht Putin auf keiner Sanktionsliste?
- 04:26 Uhr – Truppen in die Ukraine: Putin ordnet Militär-Operation an
- 06:54 Uhr – BILD-Reporter in Kiew: „Alle wollen raus hier“ (Video)
- 07:30 Uhr – Explosionen in Kiew und Charkiw (Video)
- 07:47 Uhr – Friedrich Merz bei BILD-LIVE (Video)
- 08:58 Uhr – Russland-Ukraine-Konflikt: Putin droht der Welt bei Einmischung
- 10:03 Uhr – Massenflucht aus Kiew!
- 10:09 Uhr – LIVE aus Berlin: Bundeskanzler Scholz verurteilt Ukraine-Angriff (Video)
- 10:13 Uhr – LIVE aus Berlin: Außenministerin Baerbock verurteilt Ukraine-Angriff (Video)
- 10:42 Uhr – Angriff von drei Seiten: Hier rollen Panzer über die Ukraine-Grenze (Video)
- 11:19 Uhr – Wegen Ukraine-Krieg: Söder sagt Aschermittwoch ab
- 11:31 Uhr – CDU-Chef Merz zur Invasion Russlands: „Dieses Land muss isoliert werden“
- 11:34 Uhr – Ukraine-Präsident Wolodymyr Selenskyi – „Russland steht für das Böse“
- 11:58 Uhr – Krieg in der Ukraine: Putin lässt auf Zivilisten schießen
- 12:19 Uhr – Pressekonferenz von Stoltenberg (Video)
- 12:44 Uhr – Ukraine-Krieg: Promi-Stimmen zur Krise
- 13:03 Uhr – Bundeskanzler Scholz: „Das ist Putins Krieg“ (Video)
- 13:13 Uhr – FC St. Pauli – Schultz über Ukraine: Kein schöner Tag für die Welt
- 13:37 Uhr – Russische Raketen schlagen ein (Video)
- 13:42 Uhr – Krieg mit Russland: Ukrainer berichten: „Wir haben Angst um unsere Familien“
- 14:21 Uhr – Dax stürzt wegen Ukraine-Krieg ab: Russland-Angriff löst Börsen-Beben aus

¹ <https://www.bild.de/archive/2022/2/24/index.html> (11.7.2022) Von dieser Webseite wurden hier nur Schlagzeilen gefiltert, die den Krieg in der Ukraine betrafen. Auf der originalen Seite sind sie in umgekehrter Reihenfolge gelistet. Außerdem sind dort Schlagzeilen zu Texten und Videos getrennt aufgeführt. Für unsere Zwecke empfahl sich eine chronologische Reihenfolge von Schlagzeilen zu Texten und Videos.

- 14:24 Uhr – Oberster Heerführer nach Ukraine-Invasion durch Russland: Bundeswehr fast blank
14:40 Uhr – Ukraine-Krieg: So teuer wird Russlands Krieg für uns – Benzin, Gas, Konjunktur
15:01 Uhr – Schalke 04: Wegen Putin-Krieg: Klub nimmt Gazprom vom Trikot!
15:02 Uhr – Champions League: Finale findet nicht in St. Petersburg statt
15:08 Uhr – Formel 1: Sebastian Vettel kündigt Boykott für Russland-Rennen an
15:30 Uhr – BILD-Experte erklärt Ukraine-Videos: „Hier rollt die russische Armee“ (Video)
16:16 Uhr – Waldimir Klitschko: „Es gibt kein Verstecken mehr“ (Video)
16:30 Uhr – BILD-Reporter in Lemberg: „Habe mich geschämt, russisch zu sprechen“ (Video)
16:41 Uhr – Kommentar des Bild-Chefredakteurs – Putins Stärke ist das Ergebnis unserer Schwäche
17:24 Uhr – Shevchenko, Voronin und Co. [ukrainische Fußballer] (Video)
17:37 Uhr – Krieg in der Ukraine: Russland hat die Kontrolle über Tschernobyl
18:00 Uhr – Ukraine-Krieg (Video)
18: 01 Uhr – Zeichen der Solidarität – Ukraine-Flagge vor der Springer-Zentrale gehisst
18:10 Uhr – Ukraine-Präsident Selenskyi fürchtet um sein Leben – Russland auf dem Vormarsch
18:11 Uhr – Ukraine – AKK – Abrechnung mit Merkels Russland-Politik: „Ich bin so wütend!“
18:37 Uhr – Manchester City: Zinchenko wünscht Putin den „schmerzhaftesten Tod“
18:48 Uhr – Europapolitiker Manfred Weber: „Es ist eine neue Welt, in der wir leben“ (Video)
19:13 Uhr – Live aus Washington: US-Präsident Biden zum Ukraine-Krieg (Video)
19:20 Uhr – BILD-Vize Paul Ronzheimer: Scholz‘ Worte sind Hohn für die Ukrainer (Video)
19:34 Uhr – Schach-Weltmeister Garri Kasparow: „Deutschland hätte Waffen liefern müssen“ (Video)
20:00 Uhr – Ex-Kanzler Schröder: Russland muss Krieg in Ukraine beenden
20:00 Uhr – Putins Kriegs-Strategie: So nimmt Russland die Ukraine in die Zange
20:28 Uhr – Kanzler Scholz: „Putin wird diesen Krieg nicht gewinnen“
20:55 Uhr – Christian Lindner: „Putin muss erkennen, dass er einen Preis zahlen muss“ (Video)
21:20 Uhr – Formel 1: Es gilt schon in Barcelona – Mick fährt ohne Russen-Bemalung
21:31 Uhr – Ukrainerin in Dresden fleht (Video)
21:38 Uhr – Ukrainischer Botschafter in Deutschland: „Es ist nicht zu spät uns zu retten“ (Video)
21:41 Uhr – Ukraine-Krieg: Sanktionen gegen Russland geplant – doch kein Swift-Ausschluss
22:06 Uhr – Solidarität mit Ukraine: Söder flaggt Staatskanzlei
22:06 Uhr – Kommentar: Schalke muss sich dauerhaft von Putins Blut-Geld lösen!
23:03 Uhr – Nicht aus Russland! Diese Erdgas-Aktien steigen jetzt
23:45 Uhr – Ukraine-Krieg: An die Menschen in der Ukraine

Da die enge Verbindung der Springer-Medien mit den USA kein Geheimnis ist und die russische Invasion geradezu herausgefordert wurde – nicht zuletzt, weil der Westen hinsichtlich der von Moskau geforderten Sicherheitsgarantien nicht die geringste Verhandlungsbereitschaft zeigte –, kann von einer sorgfältig geplanten politischen und medialen Strategie gesprochen werden. Absolut in den Vordergrund gestellt wurde die manichäische Emotionalisierung des Konflikts, die *Bild.de* sofort mithilfe zahlreicher Statements von Prominenten aus der Sportszene beginnt. Die demokratie- und freiheitshungrige Ukraine steht tapfer der Autokratie Russland gegenüber, das mit seinem dämonisierten Präsidenten

identifiziert wird. Und deutlich angelegt ist bereits das Motiv, dass Deutschland in der Vergangenheit nicht genug Unterstützung für die Ukraine geleistet habe. Insbesondere wird auf fehlende Waffenlieferungen hingewiesen – und das auch, weil die Bundeswehr „fast blank“ dastehe. Um diese Akzente zu setzen, darf – noch vor dem Bundeskanzler – der Führer der Opposition, Friedrich Merz, als erster prominenter Politiker bei *Bild.de* zu Worte kommen. Und bereits an diesem ersten Kriegstag übt die einstige Wunsch-Nachfolgerin Angela Merkels (Annegret Kramp-Karrenbauer) Kritik an deren Russlandpolitik.

Rückblickend kann festgestellt werden: die von *Bild* am ersten Kriegstag geführte Informationskampagne enthielt schon den Fahrplan für die Politik. Olaf Scholz kündigte am 27. Februar die „Zeitenwende“ in der Russlandpolitik und das 100-Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr an. Außerdem wurden Sanktionen in Aussicht gestellt, um Russland rasch in den Ruin zu treiben.

Tunnelblick

Von gelegentlichen Ausnahmen abgesehen, die hier aber nicht behandelt werden sollen, steuerten Medien und Politik gemeinsam in einen Tunnelblick, der manchmal an die Kriege rhetorik vergangener Zeiten anknüpfte. Die von Alterspräsident Joachim Gauck bei Maischberger am 9. März gemachte Äußerung: „Wir können auch einmal frieren für die Freiheit und wir können auch ein paar Jahre ertragen, dass wir weniger an Lebensglück und Lebensfreude haben“², erinnerte an die Durchhalteparole „Kanonen statt Butter“ aus dem Dritten Reich³ und erntete zunächst auch mediale Empörung. Dennoch war der Spruch der Startschuss für die Öffnung medialer Schleusen, die die Bundesbürger darauf einstellten, dass ihnen die bellizistische Zeitenwende tiefgreifende Einschnitte in den Lebensstandard zumuten werde.

Politik und Medien befeuerten sich gegenseitig darin, den angeblich herrschenden Pazifismus der Bundesbürger – der eher ein Dornröschenschlaf war – in die Bereitschaft zur aktiven militärischen „Verteidigungsbereitschaft“ zu transformieren. Diplomatische Lösungen außerhalb der von Präsident Selenskyj vorgebrachten Maximalziele wurden kategorisch ausgeschlossen.⁴ Olaf Scholz‘ Spruch „Putin wird diesen Krieg nicht gewinnen“ entwickelte Außenministerin Annalena Bearbock weiter in den von Medien vielfach wiederholten Satz: „Die Ukraine muss gewinnen!“⁵

² <https://www.welt.de/vermischtes/article237436427/Maischberger-Wir-koennen-auch-einmal-frieren-fuer-die-Freiheit-sagt-Joachim-Gauck.html> (10. 7. 2022)

³ Siehe: Tim Schanetzky: „Kanonen statt Butter“ Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich, Bundeszentrale für politische Bildung, 2017.

⁴ Die kurzzeitig von Selenskyi erklärte Bereitschaft, über den Status der Krim zu verhandeln, wurde bald wieder zurückgenommen.

⁵ Am 11. 4. 2022 beschäftigte sich auch die vordem eher durch vernunftgesteuerte Diskussionen bekannte ARD-Sendung „Hart aber fair“ mit der Frage „Was muss geschehen, damit die Ukraine siegen kann?“

Häufig zitiert wurde auch, was Wirtschaftsminister Robert Habeck am 4. Mai 2022 anlässlich der nun beschlossenen Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine äußerte: „Mit den Waffen, die auch ich, Robert Habeck, in die Ukraine geschickt habe, werden höchstwahrscheinlich Menschen getötet.“ Zwar sei die Entscheidung auch eine „Niederlage“, aber die Sorge, dass Waffenlieferungen eine Eskalation bis zum Atomkrieg auslösen könnten, teile er nicht.⁶ Dass er jedoch der Diplomatie nie recht vertraut hatte, legte ein ebenfalls oft reproduziertes Foto nahe, das ihn im Mai 2021 bei einem Besuch in der Ukraine zeigte: mit schussicherer Weste und Helm, in Frontnähe kauern. Mehr Risikobereitschaft eines ehemaligen Vorsitzenden einer ehemals pazifistischen Partei geht nicht.

Habeck stieß bald zu den Hasardeuren die meinten, Putins Gas schnell durch Lieferungen aus anderen Regionen ersetzen zu können, damit keine Euros mehr in die russische Kriegskasse gespült würden. Noch am 23. Mai wurde in der *Zeit* der Ökonom Rüdiger Bachmann zitiert, der ein totales Gas-Embargo gegen Russland gefordert hatte: „Ich finde, dass das ein Preis ist, den man für die Freiheit Europas bereit sein muss zu zahlen.“ Bei „richtiger“ Wirtschaftspolitik wäre der Einbruch mit Corona vergleichbar, also irgendwie zu verkraften. Im selben Artikel wird allerdings von warnenden Stimmen andere Ökonomen und vor allem der Gewerkschaften berichtet, die meinen, eine Minderung der Wirtschaftsleistung zwischen 4 und 6% erfordere bereits erhebliche soziale Abfederungen. Der Artikel ist mit der Kollage eines janusköpfigen Putin illustriert: der Hinterkopf zeigt einen gefräßigen Wolfsrachen.⁷ Zu diesem Zeitpunkt war schon klar, was zuvor außerhalb jeder Vorstellungskraft gelegen hatte: dass Putin den Spieß umdrehen und selber den Gashahn schließen könnte.⁸

Propaganda an der Heimatfront

Die durch westliche Waffenlieferungen verstärkte Eskalationsgefahr beschäftigte einflussreiche Medien höchstens am Rande. In ihrem Grundrauschen ist vor allem ein Jammern über angebliche Fehler der Vergangenheit zu vernehmen. Der Journalist Thomas Kleine-Brockhoff fasste das in der *Zeit* so zusammen: „Wir werden durch künstliche Gas-Verknappung erpresst, haben eine sehr bedingt einsatzfähige Bundeswehr, können der Ukraine kaum mit Waffen helfen. Unsere Russlandpolitik liegt in Scherben, unsere Theorien über Außenpolitik stehen infrage. Wenn das kein Großcrash ist...“⁹

⁶ https://www.focus.de/politik/deutschland/robert-habeck-die-entscheidung-toedliche-waffen-zu-liefern-ist-immer-auch-eine-niederlage_id_93883684.html (10. 7. 2022).

⁷ Lisa Nienhaus: Wie schlimm wird es? Die *Zeit*, 23. 6. 2022, S: 25.

⁸ Die Dämonisierung dieses Präsidenten erreicht ausgerechnet in der TAZ Stürmer-Niveau. Auf die als Satire ausgegebenen, in den infantil-fäkalen Bereich tauchenden Unappetitlichkeiten soll hier nur verwiesen werden. Reinhard Umbach: Grausam und gebissen [Rubrik: Die Wahrheit], TAZ, 15. 6. 2022.

⁹ Thomas Kleine-Brockhoff in einem Interview mit Redakteuren der *Zeit*: Wie falsch war Angela Merkels Außenpolitik? Die Bundeskanzlerin a. D. wehrt sich in Interviews energisch gegen den Vorwurf, Putin unterschätzt zu haben. Hier diskutieren darüber ihr langjähriger Chefberater

Gleich nach Kriegsbeginn verblüffte der – seit Willy Brandts Kniefall in Warschau – fast undenkbar gewordene Geschichtsrevisionismus, der an die Propaganda der Adenauer-Ära anknüpfte. Dass Scholz bei seiner Reise nach Moskau, kurz vor Kriegsbeginn, noch einen Kranz für die sowjetischen Opfer des 2. Weltkriegs niedergelegt hatte, erschien nun bedeutungslos oder sogar kritikwürdig. *Niederlausitz aktuell* berichtete am 23. März, Brandenburgs Europaministerin Katrin Lange habe in der Aktuellen Stunde des Landtags verkündet, dass die Beisetzung sterblicher Überreste von 50 bis 60 sowjetischen Soldaten, die alljährlich noch in diesem Bundesland gefunden und auf dem Soldatenfriedhof in Lebus begraben werden, künftig nicht mehr in Anwesenheit von russischem Botschaftspersonal stattfinden solle: Die Mitarbeiter wüssten nicht, „was im Kreml los ist, dann wäre das Zeitverschwendung – oder sie belügen und betrügen uns. [...] Jahrzehntelange Arbeit der Aussöhnung und des Ausgleichs waren umsonst.“¹⁰ Die Gelegenheit, die deutsche Schuld am Tod von 27 Millionen Sowjetbürgern endlich zu entsorgen, wurde am Schopf ergriffen.

Zugleich entfalteten die Medien eine hasserfüllte pogromartige Atmosphäre gegen russische Künstler. Es galt als angemessen, ihnen die Verträge zu kündigen, wenn sie sich nicht explizit von „Putins Krieg“ distanzieren. Anna Netrebko sei zwar „die berühmteste russische Künstlerin unserer Zeit. Seit Ausbruch des Krieges schweigt sie. Warum?“¹¹ fragte *Die Zeit*. Dabei lag es auf der Hand, dass Netrebko durch die geforderte Erklärung jedes Auftreten in ihrem Heimatland verspielt hätte. Dieselben Medien käme nicht auf die Idee, amerikanischen oder israelischen Künstlern eine solche Alternative aufzuzwingen, während deren Länder Kriege führen.

Aber in den Medien wurde sogar der von ukrainischer Seite geforderte Totalboykott russischer Kultur erwogen. Der Journalist Deniz Yücel, damals Präsident des PEN-Zentrums Deutschland, der – statutenwidrig – eine Flugverbotszone der NATO über der Ukraine gefordert hatte, sah sich immerhin genötigt, dem Ansinnen entgegenzutreten, sowohl moderne als auch klassische russische Autoren von den Bühnen, dem Buchmarkt und aus den Lehreinrichtungen zu verbannen. Am 6. März verkündete Yücel im *Deutschlandfunk*: „Der Feind heißt Putin, nicht Puschkin.“¹²

Nicht nur angesichts der Millionen Frauen und Kinder, die aus dem Kriegsgeschehen flüchteten, war es für die Medien leicht, eine starke Emotionalisierung hervorzurufen, wodurch rationale Überlegungen über Lösungsmöglichkeiten von vornherein moralisch desavouiert waren. Über die Vorgeschichte des Krie-

Christoph Heusgen, der einstige Moskau-Botschafter Rüdiger von Fritsch, die Grüne Marieluise Beck und der Publizist Thomas Kleine-Brockhoff, *Die Zeit* v. 30. 6. 2022, S. 10-11.

¹⁰ <https://www.niederlausitz-aktuell.de/brandenburg/202150/europaministerin-lange-warnt-vor-neuem-kalten-krieg-in-europa.html> (9. 7. 2022).

¹¹ Christine Lemke-Matwey: Diva im Dilemma, *Die Zeit*, 31. 3. 2022, S. 45.

¹² <https://www.deutschlandfunk.de/kultur-und-medien-im-krieg-pen-praesident-deniz-yuecel-ueber-boykottmassnahmen-dlf-31f412ba-100.html> (9. 7. 2022).

ges war wenig genug berichtet worden, um sie nicht ins allgemeine Bewusstsein zu tragen. Dass ein blutiger Konflikt schon seit 2014 besteht, der – laut OSZE – auf Seiten der abtrünnigen Provinzen Donezk und Luhansk bereits 9.000 Tote und auf Seiten der von Kiew befehligten ukrainischen Armee 5.000 Tote hinterlassen hatte, konnte man nur aus medialen Nischen erfahren. So konnte der russische Angriff auf die Ukraine als völlig grundlos, als rein imperialistischer Akt des Kremlchefs dargestellt werden. Dass sich nicht nur Putin, sondern auch Bürger der Russischen Föderation durch das fortschreitende Vorrücken der NATO bedroht fühlen, wurde als Hirngespinnst abgetan. Auch konnten die Medien auf das von ihnen selbst verschuldete Vergessen des Jugoslawienkriegs zählen, um den Krieg in der Ukraine als ersten Krieg in Europa seit 1945 auszugeben. Von einer Parallelisierung mit den 40 Präventivkriegen, die die USA seit 1945 geführt haben, wurde weitgehend abgesehen. Es ist Russland, das den Tugendpfad der angeblich bislang „rechtbasierten Ordnung“ der internationalen politischen Verhältnisse verlassen hat – so Elmar Thevessen in *ZDF heute* vom 29. Juni 2022. Von der rechte- oder regelbasierten Ordnung, deren „Champion“ die Bundesrepublik zu sein vorgibt, wird jetzt oft geschwärmt. Obwohl – wie Jörg Lau in *Internationale Politik* feststellte – ausgerechnet Deutschland die meisten Vertragsverletzungsverfahren in der EU am Hals hat.¹³ Der Begriff, der den des Völkerrechts ersetzen soll, ist rein propagandistisch zu verstehen.

Zur Desinformationsstrategie gehörte auch, dass in den ersten Kriegswochen in den reichweitestarken Medien die Erwähnung der beiden Minsker Abkommen vermieden wurde. So kam aus dem Blick, dass es durchaus Möglichkeiten einer friedlichen Beilegung des innerukrainischen Konflikts gab, wofür allerdings westlicher Druck auf Kiew vonnöten gewesen wäre. Das Recht auf Abspaltung, das den irakischen und syrischen Kurden ohne weiteres zugestanden wurde, wird Donezk und Luhansk kategorisch abgesprochen, obgleich den dort lebenden russischsprachigen Menschen fundamentale demokratische und kulturelle Rechte entzogen worden sind. Viele von ihnen lehnten es 2014 ab, den vom Westen als „demokratische Revolution“ bejubelten Maidan-Putsch anzuerkennen und lehnten eine Unterordnung unter die sprach- und kulturpolitischen Vorgaben der neuen Regierung ab. Die ukrainische Regierung wird für demokratisch und freiheitlich erklärt, obwohl dort das Russische immer mehr verdrängt wurde und seit dem 16. Januar 2021 Ukrainisch als einzige Amtssprache gilt. Dabei hatten 2001 in einer gesamtstaatlichen Volkszählung 29 % der Bevölkerung Russisch als Muttersprache angegeben. In den abtrünnigen Republiken Donezk und Luhansk gelten weiterhin Russisch und Ukrainisch als Amtssprachen.¹⁴

Dass die im deutschen Kontext oft jeder Logik widersprechende Argumentation der Medien einer Inszenierung folgt, deren Stichworte letztlich in den USA

¹³ <https://internationalepolitik.de/de/regelbasierte-weltordnung>.

¹⁴ Ulrich Heyden: *Der längste Krieg in Europa seit 1945. Augenzeugenberichte aus dem Donbass*, Hamburg 2022, S. 60 und 119.

festgelegt werden, zeigte sich schon bei der Pressekonferenz in Washington, die den Abschluss von Olaf Scholz' Antrittsbesuch bei Joe Biden bildete. Nicht der geschlocht-verstocckt wirkende Bundeskanzler, sondern der amerikanische Präsident verkündete das endgültige Aus für Nordstream 2 im Falle eines russischen Angriffs auf die Ukraine. Auch sind die jegliche diplomatische Usancen sprengenden Brandreden, die der ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk als häufiger Stargast in Talkshows und quasi allen anderen großen Medienformaten lange unwidersprochen halten konnte, nur zu verstehen, wenn man ihn – wie auch seinen Präsidenten – als Instrument des Pentagon begreift. Erst in Zusammenhang mit der Abberufung des Botschafters wagten Medien, die Verstrickung von Melnyks Idol Stepan Bandera in die Vernichtung ukrainischer Juden im 2. Weltkrieg zu thematisieren. Womit zugleich zugegeben wurde, dass die Behauptung des Wiederauflebens faschistoider Traditionen in der Ukraine des Post-Maidan nicht völlig aus der Luft gegriffen ist – erstaunlich in einem Land, das sonst jedem Verdacht auf antisemitische Fehlritte nachgeht.

Melnyks Forderungen nach massivster militärischer Unterstützung Deutschlands war von einigen PolitikerInnen wie der Liberalen Marie-Agnes Strack-Zimmermann und der Grünen Marieluise Beck in den Medien vehement unterstützt worden. In einem von der *Zeit* gedruckten Gespräch widersprach Beck Angela Merkels langjährigem Chefberater Christoph Heusgen, der die Russland-Politik der Altbundeskanzlerin verteidigte. Heusgen beharrte darauf, es sei einzig „Putins Zivilisationsbruch, der das Spiel verändert hat“. Beck konterte, dass Deutschland bereits „über Russlands Vernichtungskrieg in Tschetschenien [...] geflissentlich hinweggesehen“ habe.¹⁵ „Stattdessen wurde Putin wie ein Heilsbringer empfangen, als er 2001 im Bundestag redete.“ Auf Heusgens Vorgehalten, dass Beck selbst am Petersburger Dialog teilgenommen hätte, ging sie nicht ein, sondern bekräftigte: „Ich wünsche mir vom Kanzler die eindeutige Aussage: Putin muss diesen Krieg verlieren. Und dass wir der Ukraine liefern, was sie [an schweren Waffen] braucht. Die Botschaft muss sein: Unsere Front ist in der Ukraine, dort wird auch unsere Freiheit verteidigt.“¹⁶

Marieluise Beck steht hier im Einklang mit den reichweitenstarken Medien von *Bild* bis zum *Spiegel*. Gedächtnisstärke Medienkonsumenten dürften sich allerdings erinnern, dass „unsere Sicherheit“ bis vor knapp einem Jahr auch „am Hindukusch verteidigt“ wurde (so 2002 der damalige Bundesverteidigungsminister Peter Struck), freilich umsonst. Dass aber gerade diese Argumentation von einem großen Teil der Bevölkerung angenommen wird, ist auf den ersten Blick genauso erstaunlich wie der manifeste Glaube, dass die NATO ein reines Verteidigungsbündnis und Russland die größte militärische Gefahr für die de-

¹⁵ Angemerkt sei, dass die großen Verheerungen des Kriegs in Tschetschenien noch unter der Präsidentschaft Boris Jelzins stattfanden, während es Putin gelang, ihn schnell zu entscheiden. Im Übrigen ist nicht nachvollziehbar, wieso der Russischen Föderation ein politischer Kompromiss mit von Saudi Arabien finanzierten Islamisten zugemutet werden sollte.

¹⁶ Marieluise Beck und Christoph Heusgen im Interview mit Redakteuren der *Zeit*: Wie falsch war Angela Merkels Außenpolitik?, a. a. O., S. 10-11.

mokratische Welt darstellt. Obwohl auch immer wieder betont wird, dass Putin nicht einmal die Kraft habe, Kiew einzunehmen.

Der Journalist Stefan Schmitt sorgt sich nicht von ungefähr, dass der in der Ukraine geführte Kampf um unsere Freiheit begrifflich leiden kann, wenn freiheitsbeschränkende Maßnahmen in der Corona-Krise und Freiheitsbeschränkungen infolge des Ukraine-Kriegs im Bewusstsein der Menschen addiert werden sollten. So rät er, bei Corona-Einschränkungen nicht mehr von Einschränkungen der Freiheit, sondern der Bequemlichkeit zu sprechen. Denn: „Müsste nicht der Überfall auf die Ukraine das globale Ringen zwischen Demokratie und Autokratie, der rapide Verfall der natürlichen Lebensgrundlagen uns vor Augen führen, wie es aussieht, wenn tatsächlich Freiheit bedroht wird?“¹⁷ Diejenigen, deren Kinder durch Schulschließungen litten, die Verwandte in Pflegeheimen oder sterbende Nahestehende nicht aufsuchen durften, werden das nicht als Bequemlichkeitsbeschränkung durchgehen lassen.

Dass die gebetsmühlenartige Beschwörung von Freiheit und Demokratie als höchste Werte an der Lebenswirklichkeit vieler Mitbewohner des Planeten vorbei geht, zeigt sich auch daran, dass sich eine beträchtliche Zahl von Ländern des globalen Südens weigerte, die Sanktionen gegen Russland zu übernehmen – was die Leitmedien lange zu verschweigen suchten. An der Lebenswirklichkeit der Abgehängten müssten sich auch Analysen institutionalisierter Linker orientieren, wenn sie je wieder zu einer autonomen Politikstrategie kommen wollen.

Zunehmende mediale Uniformität

Der zunehmende Einklang von Medien und Politik ist ein beredter Ausdruck davon, dass die Hegemonie der westlichen Staaten sowohl nach außen als auch nach innen nicht mehr mit der herkömmlichen, eine relativ liberale Informations- und Meinungsfreiheit gewährenden Politik zu sichern ist. Von einer „Gleichschaltung“ der Medien zu sprechen, verfehlt aber die Mechanismen, die in bürgerlichen Demokratien zu uniformierten Informationen führen. Zutreffender ist, auf den durch ökonomischen Druck erzeugten zunehmenden Einklang zwischen Wirtschaft, Politik und Medien zu verweisen, womit letztere die Funktion verlieren, als Korrektiv der Zivilgesellschaft gegenüber der Politik, als „vierte Gewalt“ zu fungieren. Bernie Sanders hat 2016 in seinem Buch *Our Revolution* darauf hingewiesen, dass die großen Wirtschaftsunternehmen nicht nur durch ihre Werbung entscheidenden Einfluss auf kommunizierte und nicht kommunizierte Inhalte der Medien nehmen, sondern oft selbst sogar Besitzer oder Mitbesitzer von Medienkonzernen sind. Und vor allem sind die größten Medienkonzern selbst profitorientierte Privatunternehmen.¹⁸ Ihre Agenturen

¹⁷ Stefan Schmitt: Der Corona-Herbst braucht Regeln: Freiheit wird zu oft mit Bequemlichkeit verwechselt, *Die Zeit* v. 30. 6. 2022, S. 11.

¹⁸ Bernie Sanders: *Unsere Revolution*, Berlin 2017, S. 438-451. Sanders bietet hier auch eine detaillierte Aufstellung der sich in den Besitzverhältnissen der amerikanischen Medien manifestierende Verschmelzung von Wirtschaft und Nachrichtenwesen.

verfügen über globale Reichweiten. Allein um die Information zum Krieg in der Ukraine zu lenken, haben sich – so Friedrich Küppersbusch in *Der Freitag* – 150 PR-Agenturen weltweit unter *#weareukraine* und *#standforukraine* zusammengeschlossen. „Die US-Agentur *Hill + Knowlton*, die im Irak-Krieg die ‚Brutkasten-Lüge‘ erfand, ist mit dabei. Dieser Verband sagt ganz offen: Es gebe eine höhere Wahrheit als die der Fakten – nämlich die der Narrative.“¹⁹

Wie weit die Symbiose der hiesigen Wirtschaft und Medien reicht, wird hier nicht erörtert,²⁰ zumal im Falle des Ukraine-Krieges die Wirtschaft der Bundesrepublik wohl eher mit gravierenden Nachteilen zu rechnen hat. Die Nachrichtenlage erklärt sich primär durch den Druck aus den USA. In diesem Kontext kann nur auf die Untersuchungen von Uwe Krüger verwiesen werden.²¹ Krüger ist systematisch der Einbindung – im Sinne von Mitgliedschaften in Institutionen, regelmäßigen personellen Kontakten etc. – führender (außenpolitischer) Journalisten von FAZ, Welt, Zeit und SZ („Leitmedien“) in private, „intermediäre“ und staatliche, nationale wie internationale Institutionen und Netzwerke nachgegangen. Er hat zugleich deren Meinungsübereinstimmung in zentralen außenpolitischen Fragestellungen (Sicherheitspolitik, USA-Bindung, Befürwortung von NATO-Auslandseinsätzen u.a.m.) dokumentiert. Hierbei spielt die Einbindung in den transatlantischen Konsens eine ganz wesentliche Rolle. Krüger hat dann in einer Analyse der Berichterstattung über die „Maidan“-Ereignisse vom November 2013 bis Februar 2014 auf das „sehr enge Meinungsbild“ der bundesdeutschen Medien verwiesen, die ein ausgesprochen einseitiges „prowestliches“ Bild der Ereignisse präsentierten und die massive Einmischung US-amerikanischer und anderer westlicher Politiker und Institutionen in der Ukraine weitgehend unter den Tisch fallen ließen. Zwar kämen, schreibt er „kritische Perspektiven und abweichende Meinungen durchaus einmal vor... (hätten) aber keinen Einfluss auf die Folgeberichterstattung und die von Tag zu Tag fortgesetzte Erzählung der Geschehnisse in den Hauptnachrichtensendungen und großen Zeitungen...“²²

Dass im Zeitalter des Neoliberalismus das Primat der privatökonomischen Inte-

¹⁹ Friedrich Küppersbusch, interviewt von Michael Angele unter dem Titel: „Andrij Melnyk ist das Krokodil“, *Der Freitag*, 30. Juni 2022, S. 19. Siehe auch: <https://de.wikipedia.org/wiki/Brutkasten%C3%BCge>

²⁰ Erinnerung sei daran, dass deutsche Medienkonzerne in den neunziger Jahren den osteuropäischen Informations- und Unterhaltungsmarkt eroberten und damit z. B. maßgeblich die Meinung der Bürger zur Europäischen Union beeinflussten. Unbestritten dürfte der politische Einfluss von Bertelsmann in Deutschland selber sein, der durch die Verwurzelung des Konzerns in den USA an Signifikanz noch gewinnen dürfte. Siehe: Jörg Becker: *Der wahre Bertelsmann-Konzern*, Report 128 des Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V., München 2022. (Zu den Eigentumsverhältnissen im Medien-Sektor vgl. auch den Beitrag von Gert Hautsch in diesem Heft; Anm. d. Red.)

²¹ Uwe Krüger: *Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse*, Köln 2013 (siehe auch die Besprechung von G. Hautsch in Z 102 [Juni 2015], S. 203-205); ders., *Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen*, München 2016.

²² Uwe Krüger: *Mainstream*, a.a.O., S. 14.

ressen gegenüber der politischen Sphäre mehr denn je gestärkt wurde („schlanker Staat“) und dass das ebenfalls für die privaten Player auf dem Informations- und Meinungsmarkt gilt, hat auch Hannes Hofbauer in seinem kürzlich publizierten Buch *Zensur* herausgearbeitet. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und TV-Medien Österreichs und der Bundesrepublik beziehen ihre meinungsprägenden Inhalte immer weniger von eigenen, investigativ arbeitenden Journalisten, sondern von den großen, meist amerikanischen Nachrichtenagenturen. Die für einen Teil des hiesigen Publikums erkennbare Plumpheit der Argumentation erklärt sich auch daraus, dass die US-Agenturen in erster Linie für ein Publikum formulieren, für das – anders als für Mitteleuropäer – die Ukraine ein weit entfernter Staat ist, der vor Kriegsbeginn noch weniger als hier interessierte.

Da das Meinungsmonopol des Westens nicht nur in vielen Entwicklungsländern, sondern auch in Europa an Glaubwürdigkeit verliert, sei – so Hofbauer – vor allem Brüssel mit einer Reihe von Initiativen aktiv geworden, „um die EU-europäischen Bürger mit anfangs verdeckten, später immer offener formulierten Wahrheitsdekreten zu versorgen, auf dass die historische, politische und kulturelle Lesart der Selbstdarstellung möglichst alternativlos das diskursive Terrain beherrscht“. ²³ Artikel 1 des EU-Rahmenbeschlusses verlangt, jeder Mitgliedsstaat müsse sicherstellen, „dass folgende vorsätzliche Handlungen unter Strafe gestellt werden: das öffentliche Billigen, Leugnen oder gröbliche Verharmlosung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit/ Menschheit und Kriegsverbrechen im Sinne der Artikel 6, 7 und 8 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs“. Obleich der Internationale Gerichtshof nicht von allen Ländern, insbesondere den USA, China und Russland sowie Israel, anerkannt wird, beansprucht die EU hier eine vom Völkerrecht nicht gedeckte Definitionshoheit. So habe Serbien in Bosnien einen Völkermord verursacht, während das Verdikt die 14 Staaten nicht trifft, die im out of area-Einsatz der NATO Serbien bombardierten, worüber de facto ein Leugnungs- und Diskussionsverbot verhängt wurde. ²⁴

Die von den USA ausgehenden großen Linien der westlichen Informationspolitik bedürfen in der EU zusätzlicher Maßnahmen. Als 2014 Videos russischer Medien in die EU gelangten, die zeigten, wie in der Ukraine bewaffnete Freischärler Ordnungskräfte und Unterstützer des legal gewählten, durch den Maidan-Putsch aus dem Amt gejagten Präsidenten angriffen, schuf Brüssel im März 2015 die East StratCom task force, die in allen Mitgliedsländern der EU für mediale Narrative sorgen sollte, die die neuen Machtverhältnisse in der Ukraine nicht als Folge eines Putschs, sondern einer Revolution darstellte. 2016 plädierte eine große Stimmenmehrheit in Brüssel für die Aufstockung der Task Force, „um Propaganda von Dritten entgegenzuwirken“. Gemeint waren vor allem russische Medien wie *RT*, mit denen man sich keinen offenen Meinungsstreit mehr zutraute, was Schwachstellen der EU wie die Migrationspolitik oder

²³ Hannes Hofbauer: *Zensur*, Promedia Verlag, Wien 2022, S. 123.

²⁴ Ebenda, S. 124f.

Fragen der Souveränität, insbesondere aber die Ukraine betraf.²⁵ Laut EU-Narrativ rückt nicht die NATO dem russischen Bären absichtsvoll an den Pelz, sondern dieser will die Einflussphären der ehemaligen Sowjetunion zurückgewinnen – Putin spricht selbst vom „Heimholen“ – und damit sogar NATO-Länder angreifen. Die Konkurrenz um Narrative führte zu Behinderungen und schließlich zum Abschalten von *RT* und sogar zum Verbot des Nachrichtenportals *Sputnik*. Ältere Bundesbürger dürften sich erinnern, dass das Magazin, das ebenfalls den Titel *Sputnik* trug, in der Endphase der DDR verboten worden war, weil die dort verbreiteten Ideen von Glasnost und Perestroika als systemgefährdend galten.

Hofbauer zeigt auch, dass die Task Force innerhalb der EU eingreift. Als eine ungarische Internetseite im November 2021 verbreitete, dass bereits bestehende Sanktionen gegen Russland und China keine legale Grundlage hätten, wurde berichtet, dass diese Sanktionen „in angemessenem Verhältnis zu den Zielen stehen, die sie zu erreichen versuchen“, nämlich die Annullierung der Annexion der Krim. Ob Sanktionen als politisches Druckmittel überhaupt vom Völkerrecht gedeckt sind, hält Hofbauer für ungeklärt. Jedenfalls dienen sie auch dem Erhalt der westlichen Hegemonie.²⁶

Die nie ganz durchsetzbare Kontrolle reichweitenstarker Medien ist jedoch nur eine Seite der für notwendig erachteten Disziplinierung der Meinungen. Viel schwerer zu lösende Probleme stellt das Internet, das einmal als großer Freiraum des Informationsaustauschs und demokratischer Diskussionskultur gepriesen wurde. In der Gemengelage des Netzes haben es offizielle Diskurse besonders schwer. Deshalb wurde in Deutschland 2017 das Netzwerkdurchsetzungsgesetz verabschiedet, das den großen privaten Kommunikationsplattformen wie Facebook, YouTube, Twitter, Instagram, Google die Verantwortung zur Löschung angeblich rechtswidriger Inhalte übertrug. Vordergründig zielte das auf sogenannte Hasskriminalität, realiter aber auch auf Inhalte, die von staatlich anerkannten Institutionen als Fake News gedeutet werden. Gelöscht wird größtenteils mit Hilfe von Algorithmen, aber auch manuell. Der Staat, in dessen Auftrag das geschieht, kann behaupten, nicht zu zensieren. Eigentlich dürften Löschungen nur nach juristischen Verfahren stattfinden, also unter direkter Verantwortung des Staates. Urheber gelöschter Beiträge können zwar klagen, aber bis zur Klärung dürfte die Aktualität der Nachricht geschwunden sein. Da die von den Plattformen erstellten Algorithmen bereits auf sensible Worte reagieren, können auch Ironie oder Satire, letztlich sogar konformistische Beiträge dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz zum Opfer fallen. So hat die Digitalisierung völlig neue Formen der Zensur ermöglicht, die nicht als hoheitliche Staatsaufgabe erscheint, obwohl der Staat doch die Zügel hält.

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz scheint jedoch nicht auszureichen, um den gewünschten Grad der Informationsselektion durchzusetzen. Hofbauer weist auf

²⁵ Ebenda, S. 129f.

²⁶ Ebenda, S. 134.

den im November 2021 in Kraft getretenen Medienstaatsvertrag hin, wonach die Bundesländer verpflichtet sind, die Darstellung von Sachverhalten in journalistischen Netzangeboten zu überprüfen. Festzuhalten sei, dass „die Definition von Wahrheit, bzw. ihrer Missachtung keine hoheitliche Aufgabe sein dürfte – außer in jenen Ländern, in denen Meinungs- und Pressefreiheit stark eingeschränkt sind“.²⁷

Aus all dem ergibt sich, dass dem Meinungsstreit sowohl mit dem äußeren als auch dem inneren politischen Gegner ausgewichen wird. Die Zensurinstrumente des Westens hinsichtlich großer Medien und des Internets unterscheiden sich nur noch graduell von denen der als autoritär geltenden Staaten. Dass sie (noch?) nicht durchgehend durchgesetzt werden, gebietet die Notwendigkeit, die freiheitlich-demokratische Fassade aufrecht zu erhalten. Ihrer anspruchsvolleren Kundschaft halber brechen einige Printmedien wie die *Süddeutsche Zeitung*, die *FAZ* und *Die Zeit* mehr als die öffentlich rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten aus den Narrativschemen aus. So konnten Leser der *Zeit* in der Ausgabe vom 29. Mai einen Artikel lesen, aus dem hervorging, dass nicht nur Kriege, sondern allein die alltäglichen Aktivitäten der stehenden Heere wohl mehr zur Klimakrise beitragen als wirtschaftliches und ziviles Handeln. Die amerikanische Politikwissenschaftlerin Neta Crawford errechnete, dass ein Kampffjet B-52 „in einer Stunde soviel Treibstoff wie ein durchschnittlicher Autofahrer in sieben Jahren“ verbrauche. Und pro Jahr „emittiert das Militär der USA mehr als ganz Schweden oder Portugal“. Das fiel bislang den klimaaktivistischen Bewegungen kaum auf, weil alles Militärische „sogar vom Pariser Klimaabkommen ausgenommen“ ist. „Als eine von sehr wenigen Armeen schreibt die deutsche alle zwei Jahre einen Nachhaltigkeitsbericht. Aber ihre Auslandseinsätze in Mali, die Missionen in Litauen und Rumänien oder die Stützpunkte in Niger und Dschibuti werden dabei nicht eingerechnet. Kurz gesagt: Wie die Armeen dieser Welt das Klima belasten, kann derzeit niemand wissen.“ Allerdings gibt es auch Menschen wie den ehemaligen US-Offizier Richard Nuggee, der Möglichkeiten erforscht, wie auch Militärobungen und Kriege ökologisch nachhaltiger werden können.²⁸

²⁷ Ebenda, S. 143f.

²⁸ Laura Cwiertnia, Hauke Friedrichs, Annika Joeres: Die Öko-Truppe. Militär und Klimaschutz, *Die Zeit*, 29. 5. 2022.